Ackerkeit des [illegible] Benehmens erleichtern. Unter Achtung der Rechte eines jeden anderen wird die Regierung darüber wachen, den Bestand Frankreichs unversehrt zu erhalten." (Lebhafter Beifall.)

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten beschloß die Kammer, die eingebrachten Interpellationen zu vertagen. Die Sitzung wurde sodann geschlossen.

"Die Erklärung bietet nichts Neues mehr. Eine Einkommensteuer wird in allgemeinen Ausdrücken versprochen — wenn man nicht die traurigen Erfahrungen hätte, könnte man daran glauben, es solle die progressive Einkommensteuer werden. Aber daß sie nicht kommt, dafür bürgt den französischen Kapitalisten und Rentnern der brave Rouvier.

Die Zurückführung der Regierung auf sozialpolitische Aufgaben tritt in dieser Erklärung besonders scharf hervor. Die Altersversicherung der Arbeiter wird als „Traum" bezeichnet, mit der sich die Kammer „befassen" wird! Das vorige Kabinett hatte es wenigstens zu einem, wenn auch nur mangelhaften Entwurf eines Gesetzes gebracht, der verbessert werden konnte. Das Streikschiedsgericht Millerands wird kaum erwähnt — es verschwindet in der Versenkung ... was allerdings die Arbeiterschaft kaum als Verlust empfinden dürfte. Bedenklicher aber ist es, daß die sozialpolitischen Reformen, die die vorige Kammer schon genehmigt hatte und die nur wegen der noch ausstehenden Zustimmung des Senats in der abgelaufenen Session noch nicht Gesetz wurden, so der Achtstundentag für die Bergleute und der Zehnstundentag für die Eisenbahner, in der Erklärung auch nicht einmal erwähnt wurden.

Die Sozialisten werden der Regierung des Herrn Combes deutlich bemerkbar machen müssen, daß sie auch noch da sind, und daß ihre Forderungen nicht von anderen einfach in den Hintergrund geschoben werden dürfen.

Deutsches Reich.

Berlin, 11. Juni. Der Reichstag hat die zweite Lesung des Zuckersteuergesetzes am Dienstag in einer 7stündigen Sitzung beendet. Die Kommission hatte durch eine Art Ueberrumpelung die fünfjährige Kontingentierung in das Gesetz hineingebracht. Es gelang, diese verderbliche Bestimmung wieder zu entfernen. In namentlicher Abstimmung wurde die fünfjährige Kontingentierung mit 164 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis kam dadurch zu stande, daß die Interessen der Rübenbauern des Ostens von den Interessen der Rübenbauern der alten Zuckerdistrikte durchaus verschiedene sind. Für die alten Zuckerdistrikte bedeutet die Kontingentierung eine außerordentliche Bevorzugung. Auf diesen Umstand hatte besonders Schippel wirkungsvoll aufmerksam gemacht und in der That spalteten sich die Konservativen bei der Abstimmung in zwei ungleiche Hälften. Die Mehrzahl stimmte gegen die Kontingentierung. So gelang es, den Lieblingsgedanken des Ultramontanen Dr. Müller-Fulda aus dem Gesetze zu beseitigen. Im übrigen blieb es bei den Kommissionsbeschlüssen. Unser Antrag, die Verbrauchsabgabe ganz zu beseitigen, wurde von Ledebour in einer ausgezeichneten Rede begründet, er wurde aber abgelehnt. Selbst die Freisinnigen stimmten gegen den Antrag und damit gegen ihr Programm. Sie hatten in dieser Frage die Führung der Regierungsmehrheit. Ihr Antrag, die Zuckersteuer auf 14 M. zu erhöhen, wurde schließlich angenommen. Gleichfalls abgelehnt wurde unser Antrag auf Beseitigung des Ueberzolls, es bleibt bei den 4,80 M., die die Konvention als höchste Grenze aufgestellt hat.

Mittwoch wird das Saccharingesetz durchberaten und voraussichtlich in einer 2. Lesung auch noch die 3. Lesung der Zuckersteuer und die Gesamtabstimmung über Zucker und Branntwein vorgenommen werden. Hierzu hat der Präsident die Sitzung schon auf 9 Uhr morgens anberaumt.

— Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Dienstag wieder einmal mit der Lex Adickes. Der Gesetzentwurf bezweckt, den Gemeinden zur Erschließung von Baugelände sowie zur Herbeiführung einer zweckmäßigen Gestaltung von Grundstücken die zwangsweise Umlegung von Grundstücken zu ermöglichen. Die Kommission, an die der Entwurf verwiesen war, hat einige tief einschneidende Aenderungen vorgenommen, die die Regierung aber nicht hinderte, ihrerseits die Zustimmung zu diesem Gesetze zu erklären. Die hauptsächlichsten Aenderungen sind, daß das Gesetz auf Frankfurt a. M. beschränkt bleibt, während nach der Regierungsvorlage der Gesetzentwurf auch auf andere Städte ausgedehnt werden konnte und daß die Kommission die Voraussetzungen für die zwangsweise Umlegung mehrfach erschwert hat.

Während die Nationalliberalen und die Freisinnigen, von diesen besonders die Frankfurter Abgg. Dr. Oeser und Funck, lebhaft für die Kommissionsbeschlüsse eintraten, hatte die Rechte und das Zentrum allerhand an dem Entwurf auszuziehen. Der konservative Professor Irmer sah in dem Entwurf bereits den Anfang zum sozialistischen Staat, da er beabsichtige, das Eigentum zwangsweise anders zu verteilen!! Schließlich erklärte er, seine Partei würde, wenn auch mit schwerem Herzen, dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen, da seine Partei sich der Neuzeit anpasse und modernen Strömungen sich nicht widersetzen wolle. Eine längere Debatte setzte nur beim § 11a ein, der die Entschädigungsansprüche für das abgetretene Straßenland festsetzt. Hier gelang es den Konservativen im Verein mit dem Zentrum die Sätze über die Kommissionsbeschlüsse hinaus zu erhöhen, so daß die notleidenden Hausagrarier die Abtretung solchen Geländes nicht allzu schmerzlich finden werden.

Die Zolltarifkommission beschloß am Dienstag, über die Anordnung der Sitzungen während der Vertagung des Reichstags am Mittwoch Beschluß zu fassen. Erledigt wurden die Positionen 361 bis 363: Schießbaumwolle, Pulver, Sprengpulver und Sprengmittel. Nach kurzer Debatte wurde ein Antrag Gothein angenommen, wodurch die Erhöhung des Zolles für Pulver, das bisher zollfrei war, und für Schießbaumwolle, die bisher 3 Mark zahlte, auf 20 Mark, abgelehnt und es bei dem bisherigen Zustande belassen wird. Freisinnige und sozialdemokratische Redner erklärten, daß eine besondere Begünstigung der Pulverringe, der ohnehin schon die Heeresverwaltung brandschatze, nicht nötig sei. Die Mehrheit betrug 13 gegen 12 Stimmen.

Als leitender Staatsmann will Bülow respektiert sein. In unqualifizierter Form läßt er die Nordd. Allgem. Ztg. dementieren, was der Hamb. Korresp. erzählte und was inzwischen die Köln. Volksztg. noch prononzierter brachte, indem sie sich aus politischen Kreisen erzählen ließ, „drei Tage vor der Verhandlung im Abgeordnetenhause habe das Staatsministerium beschlossen, den Interpellanten eine entgegenkommende Antwort zu erteilen. Darauf habe Graf Bülow dem Kaiser darüber Vortrag gehalten, und dieser habe erwidert: „Nein, das wird anders gemacht", und dem Kanzler befohlen, in scharfer Weise jede Antwort abzulehnen".

Die Nordd. Allgem. Ztg. bezeichnet dieses Geschichtchen als Unfug und behauptet, daß der Kanzler in seiner Haltung keinen Augenblick geschwankt habe und daß er hierbei ebenso auf das Vertrauen der Krone wie auf die einstimmige Unterstützung des Staatsministeriums rechnen konnte.

Das schließt indes nicht aus, daß Herr v. Podbielski vor der Erzielung der Uebereinkunft den Konservativen eine liebenswürdige Antwort Bülows in Aussicht gestellt hat. Mit der Einheitlichkeit des Ministeriums ist es deshalb „so ne Sache". Und mit dem „leitenden Staatsmann" auch. Wir fürchten, trotz des Dementis der Nordd. Allgem. Ztg. wird die boshafte öffentliche Meinung überwiegend einem Berliner Blatte recht geben, das zu der Nachricht der Köln. Volksztg. zur oben zitierten Geschichte: „Wäre sie zutreffend, so würde daraus hervorgehen, daß der Kanzler lediglich der „verantwortlich zeichnende" Redakteur der deutschen Politik sei" trocken bemerkt: „Dachte das rheinische Blatt etwas anderes?"

Nur ist dabei zu bemerken, daß bei anständigen Blättern der verantwortliche Redakteur nicht Sitzredakteur ist, sondern selbstverständlich das Recht hat, alles das, wofür er die Verantwortung nicht tragen mag, aus dem Blatte zu entfernen. Wenn Bülow in dieser glücklichen Lage wäre!

Minister v. Thielen soll, wie schon früher behauptet wurde, nach der Nat.-Ztg. bestimmt unmittelbar nach Beendigung der Landtagssession in den Ruhestand treten. Die Agrarier Preußens werden in ihm den Minister betrauern, der sie vergeblich zu dem vom preußischen König gewollten Kanalbau zu bekehren trachtete.

Die Nat.-Ztg. will ferner erfahren haben, daß der schon von Miquel in Aussicht gestellte Plan einer Trennung der Wasserbau-Verwaltung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und ihrer Vereinigung mit dem Landwirtschaftsministerium jetzt ernstlich verwirklicht werden sollte.

Ein gefährlicher Mann. Selbst die echten und rasiertesten Teutschen fürchten ihn jetzt, den Dreschgrafen. Die Staatsbürger-Zeitung kann sich natürlich die Wiedergabe seiner neuesten Rede nicht entgehen lassen — aber für die Beilage, die sie enthält, zeichnet als verantwortlicher Redakteur — der Graf Pückler selber! Vorsicht ist die Mutter des Geschäfts! Unsere Anti verstehen es, trotz Rothschild!

Ein agrarisches Spektakelstück hat der Bund der Landwirte am Sonntag durch seine südwestdeutsche Abteilung in Mannheim aufführen lassen. Der Bundesoberste Dr. Rösicke hielt eine fürchterlich oppositionelle Rede. Er verlangte wirtschaftliche „Parität". Dem „Unannehmbar" der Regierung gegenüber stellte sich der Bund auf den Standpunkt: „Nur keine mittlere Linie!" An Handelsverträgen habe der Bauer gar kein Interesse; ihm komme der Schutz der heimischen agrarischen Produktion. Der Reichskanzler habe die Landwirtschaft im preußischen Abgeordnetenhause einfach brüskiert (Pfui, Pfui!), denn er habe sie gar nicht angehört. Zentrum und Nationalliberale haben in der Kommission nachgeben wollen. Gemeinheit! Die Industriezölle herunter oder die landwirtschaftlichen Zölle hinauf, sonst lieber alle Zölle weg: von wegen der Gleichmäßigkeit. Sehr böse war er auf die „verdammte Zufriedenheit". Viele von denen, die erst für ausreichenden Schutz der landwirtschaftlichen Produkte einzutreten versprochen hätten, hätten jetzt sich bekehrt und seien mit der Regierungsvorlage zufrieden. Selbst in den Reihen der Landwirte, ja selbst in der Organisation des Bundes der Landwirte gebe es solche Zufriedenheit.

An Grobheit gegen die Regierung und noch höher hinauf haben's die Herren nicht fehlen lassen. Ein schneidiger Agrarier aus Hessen rief patriotisch(?): „Von 7½ Mark nicht einen Pfennig herunter! Heute ist's Mode, ins Ausland zu gehen und Damenbesuche zu machen (ho, ho!), aber wichtiger als die amerikanische Freundschaft ist der deutsche Bauer!" (Donnernder Applaus.) Ein Pfälzer Bauer sprach: „Käpital hot den Karre in' Dreck nei gefahre, aber der Geist Bismarcks soll erhalte bleiwe. Bülow sieht feiner aus, aber was hawe mer davon? Den Unterschied sieht mer schon am Hund. (Große Heiterkeit.) Dem Bismarck sei Hund, des isch a deutsche Dogg gewese, die isch gesunde wie a deutsche Eich ... der unsere isch a englischer Pudel, der werd geschore, wie mir von de Engländer. Das lass mer bleibe!" (Großer Beifall.)

Die fürsichtige Regierung. Als Opfer der Brutalität und Profitgier der Stuttgarter Straßenbahngesellschaft sind bekanntlich nach dem verlorenen Streik 101 Straßenbahnangestellte auf dem Pflaster geblieben. Bekanntlich hat die Stadtverwaltung energisch gegen die das Koalitionsrecht meuchelnde Gesellschaft einzuschreiten versucht, es ist ihr aber nicht gelungen, da die Stadtväter beim Abschluß des Vertrages seiner Zeit so sorglos gewesen sind — ein warnendes Exempel für andere Kommunen. Außerdem hat aber auch die württembergische Regierung der Straßenbahndirektion wenigstens platonische Vorstellungen zu machen gewagt. Aus diesem, für Deutschland allerdings ganz unerhörten und in Preußen und Sachsen zweifellos ganz unmöglichen Verhalten haben die Straßenbahner einige Hoffnung geschöpft.

In einer Versammlung der Ausständigen teilten einige Redner mit, daß Regierung und Stadtverwaltung in Aussicht gestellt haben, die Gemaßregelten im staatlichen oder städtischen Dienst soweit wie möglich zu verwenden. Staatserhaltende Blätter runzelten schon die Brauen ob dieser Erschütterung der Autorität, da kommt das erlösende Dementi. Der Staatsanzeiger erklärt, daß die Regierung den Streikenden eine Aussicht der bezeichneten Art niemals auch nur andeutungsweise eröffnet hat oder eröffnen ließ, daß sie das auch aus den verschiedensten Gründen nicht thun konnte, und daß überhaupt irgend ein Verkehr des Ministeriums des Innern oder seiner Vertreter mit den Streikenden oder mit deren Vertretung nicht stattgefunden habe.

Diese letzte Versicherung ist besonders bemerkenswert! Schon der Verkehr mit Streikenden wäre ein Verbrechen!

Oesterreich-Ungarn.

Der Arbeitermord von Boryslaw wurde auf Grund von Dringlichkeits-Anträgen der Abg. Daszynski (Soz.) und Breiter (unabhäng. Sozialist) am Dienstag vor dem Parlament gebrandmarkt. Die Antragsteller stellten die Unternehmer und die Mitschuldigen unter den Bergbeamten an den Pranger — unsere Leser kennen den erschütternden Thatbestand aus den neuerlichen Artikeln unseres Wiener Korrespondenten. Der Ackerbau- und Bergwerksminister gab das gewohnte Versprechen der „strengen Untersuchung", die nie stattfindet und erklärte dann natürlich, die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Katastrophe halte er angesichts der eingeleiteten Erhebungen für überflüssig; er sei dagegen bereit, dem Wunsche nach Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Betriebsverhältnisse in den galizischen Erdwachsgruben zu entsprechen. Und damit war die bürgerliche Mehrheit zufrieden. Die Dringlichkeit beider Anträge wird abgelehnt.

Die Marienburger Kaiserrede interessierte die bürgerlichen Abgeordneten nicht, dabei gab es doch ein wenig Nationalitätenhetze. Der tschechisch-„sozialistische" Abgeordnete Klofac interpellierte die Regierung, ob sie nicht geneigt sei, in irgend einer passenden Form gegen die Marienburger Rede des deutschen Kaisers Stellung zu nehmen. Als der Redner wegen wiederholter heftiger Ausfälle gegen den deutschen Kaiser vom Präsidenten zweimal zur Ordnung gerufen wird, entsteht bei den tschechischen Radikalen heftiger Lärm. Abgeordneter Fresl ruft heftig, auf den Pultdeckel schlagend, wiederholt in den Saal: „Pfui! Feige Regierung! Lauter Sklaven seid Ihr." Abgeordneter Klofac ruft nach Beendigung seiner Rede: „Pfui, Hohenzollern!" Abg. Schönerer, der dicht vor dem Redner sitzt, ruft: „Warum fürchtet Ihr Euch so? Der deutsche Kaiser braucht nur ein Wort zu sprechen und Ihr fangt an zu zittern." Die Tschechen antworten mit heftigem Lärm, während der Präsident dem Redner das Wort entzieht und die Sitzung schließt.

Italien.

Sozialistische Wahlerfolge in Turin. Wie das Bureau Laffan aus Turin meldet, bedeutet das Ergebnis der Ergänzungswahlen für den Stadtrat in Turin einen bedeutenden Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung. 20 der neuen Stadträte dürften der Sozialdemokratie angehören, wodurch deren Vertreter im Stadtrat auf 36 gestiegen wären. Die Regierung soll die Absicht haben, unter diesen Umständen zur Auflösung des Stadtrates zu schreiten und einen königlichen Kommissar mit der städtischen Verwaltung zu betrauen.

Frankreich.

Ein Uneigennütziger. Ein Redakteur des Temps interviewte den Ministerpräsidenten Combes, der erklärte, er werde sich keine Mühe geben, am Ruder zu bleiben, sondern nur abwarten, bis Waldeck-Rousseau sich erholt haben und die Regierung wieder übernehmen werde. Das Programm Waldeck-Rousseaus werde er energisch fortsetzen.

England.

Der Getreidezoll. Das Unterhaus nahm Dienstag mit 279(?) gegen 195(?) Stimmen Artikel 1 der Finanzbill (Getreidezölle) an.

Nordamerika.

Flottenverstärkung. Der Senat nahm die Marine-Appropriations-bill mit der Abänderung an, daß zwei Schlachtschiffe 1. Klasse, zwei Panzerschiffe 1. Klasse und zwei Kanonenboote gebaut werden sollen.

Südafrika.

Völlige Ruhe hat der Friedensschluß noch nicht gebracht. Aus London wird vom 10. Juni gemeldet: Das Kriegsamt veröffentlichte eine Verlustliste, worin über einen Kampf, der vier Tage nach dem Friedensschluß bei Vereeniging stattgefunden hat, berichtet wird. Die Liste führt einen verwundeten Offizier an. Sie soll in einigen Tagen eine Ergänzung erhalten. Auch bei Kiol(?) fand ein Kampf statt, in dem zwei Mann verwundet wurden.

Vielleicht war den Scharen, die da die Engländer angriffen, der Friedensschluß noch nicht bekannt. Oder sollten einige Verzweifelte den Kampf fortsetzen?

Krügers Schicksal. Wie aus Wien gemeldet wird, soll eine wesentliche Verschlimmerung im Befinden Krügers eingetreten sein.

Aus Rotterdam wird vom 10. Juni berichtet: Präsident Krüger ließ die Flagge des Transvaalstaats von seiner Villa in Utrecht niederholen. Er erkannte somit äußerlich die englische Souveränität über die südafrikanische Republik an.

Parteiangelegenheiten.

Das Strafkonto der Genossen im Monat Mai weist eine Belastung von 1 Jahr 11 Monaten 3 Wochen und 3 Tagen Gefängnis und 142½ M. Geldstrafe auf.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eine Protestkundgebung gegen die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf Lohnkämpfe veranstaltete die Berliner Gewerkschaftskommission. Nach einem Referate des Rechtsanwalts Dr. Heinemann wurde folgende Resolution angenommen: „Die Vertreter der Berliner Gewerkschaften sehen in den in letzter Zeit ergangenen Urteilen, welche die Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts von seiten der Arbeiter als eine Erpressung bezeichnen, eine große Gefahr für die Arbeiter. Sie erwarten, daß der ...

Es wurde still im Zimmer; jedes ging seinen Gedanken nach. Plötzlich rief der Verleger:

„Wann darf mein Sohn sich erlauben, Ihnen aufzuwarten?"

„Er wird mir jederzeit willkommen sein. Wie gefällt es Ihrem Richard hier? Erzählen Sie mir von ihm, das wird mich zerstreuen."

Und nachdenklich ließ Leontine das Händchen los und warf es sanft dem Tuche auf den nächsten Tisch.

Mettmann kannte nur ein Vergnügen, das war, von seinem Sohne zu sprechen. Und heute war er überdies hergekommen, um die junge Witwe an Richard zu erinnern.

Er war also nicht zurückhaltend. Er wußte bald selbst nicht, ob Schlauheit oder Vaterliebe aus ihm sprach. Wie unverdorben Richard aus der Fremde zurückgekommen war, wie kindlich er die Menschen beurteilte und wie er doch wieder als Techniker seinen Mann stellte. Von der Komposition einer Oper hatte Frau Leontine natürlich sofort erfahren. Das aber wußte sie noch nicht, daß das Werk von allen Kennern gelobt wurde, daß man allgemein einen großen Erfolg prophezeite und daß der Komponist durch die Aufführung allein ein gemachter Mann sein würde.

„Er wird es ja nicht nötig haben. Er ist ja für einen reichen Vater gesorgt(?). Aber um seinetwillen freut es mich."

Leontine verbarg den Anteil nicht, den sie an Richards Schicksal nahm.

„Schicken Sie mir ihn nur bald her," sagte sie lebhafter. „Sie haben Ihren Sohn alles Mögliche lernen lassen. Er war auf dem Gymnasium, auf dem Polytechnikum und auf Reisen. Nur in der Schule einer Frau ist er wohl noch nicht gewesen. Ich möchte seine Erziehung vollenden. Unsere Wohnungen sind ja nur durch eine Feuermauer getrennt, da kann ich sagen, daß ich die nächste dazu bin."

„Nicht unsere Wohnungen, unsere Häuser. Wenn ich nur lange in dem meinigen wohnen bleibe. Es ist uns zu klein; wenn Richard heiratet, ist es entschieden zu klein. Ich möchte ein richtiges Palais für ihn haben!"

Leontine blickte erstaunt auf. Für so reich hatte sie den alten Mettmann gar nicht gehalten.

„Das haben Sie mir wohl gar nicht zugetraut," rief er sofort. „Ich will bauen! Lauter bunte Steine, es muß blendend schön werden. Wenn diese beiden Nachbarhäuser in eine Hand kämen — alles in der Welt ist ja möglich — und wir könnten zusammen einen großen Neubau aufführen, es müßte das großartigste Haus in der ganzen Tiergartenstraße werden."

Noch deutlicher durfte er heute nicht mehr werden; er stand auf. Auch Leontine erhob sich. Sie legte das Tuch wieder um ihre Schultern und sagte lächelnd:

„Treten Sie mit mir einen Augenblick auf den Balkon hinaus. Da können Sie die beiden Grundstücke übersehen und bequem Luftschlösser bauen."

Mettmann öffnete zuvorkommend die weite Glasthür. Doch als Leontine ihren Fuß über die Schwelle setzen wollte, fuhr sie mit einem häßlichen Schrei zurück. Draußen stand in der Ecke auf einer Wasserlache und immer noch triefend der Rollwagen(?) des toten Kommerzienrats. Mettmann schloß die Glasthür wieder und sagte nur: „Die verdammten Dienstboten! Alles lassen sie zu Grunde gehen. Na, der Schaden ist ja nicht groß."

Und er empfahl sich kurz mit dem Versprechen, seinen Sohn an einem der nächsten Tage herzuschicken.

Frau Leontine erwartete Richards Besuch mit einer Ungeduld, die sie vorher nie gekannt hatte.

Sie verbrachte manche Stunde dieser ersten Witwentage am Fenster, um in den Vorgarten des Nachbarhauses hineinzublicken, ob Richards Gestalt nicht auf dem blanken Kieswege zu entdecken war. Und sie dankte es jedem Menschen, mit dem sie unbefangen über Richard Mettmann sprechen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020611/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG